

Kommunikation stärkt Demokratie

Eine Initiative der Kommunikationsverbände DPRG, BdKom und GPRA zu Meinungsfreiheit und demokratischer Streitkultur

Kommunikation heißt auch: Verantwortung für die Demokratie übernehmen

Am 23. Mai 2024 wird das Grundgesetz 75 Jahre alt. Es ist Stützpfeiler und Garant unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung im vereinigten Deutschland.

Kommunikation ist Grundpfeiler der Demokratie, wie insbesondere in Artikel 1 und 5 GG festgeschrieben. Freiheit und Verantwortung sind die Basis für Meinungsfreiheit. So auch im Deutschen Kommunikationskodex 2012 verabschiedet zu verbindlichen Ethik- und Verhaltensrahmen für professionelle Kommunikatorinnen und Kommunikatoren.

Gegenwärtig sehen wir, dass dieser Grundpfeiler Meinungsfreiheit vor allem mit Hilfe digitaler Kommunikationsmittel für Desinformation, Hass und Hetze missbraucht wird. Demokratische Organisationen und ihre Vertreterinnen und Vertreter werden dabei systematisch delegitimiert und das Vertrauen in Politik und Demokratie zerstört.

Mit dieser Initiative weisen die deutschen Kommunikationsverbände DPRG, BdKom und GPRA auf die Verantwortung in Kommunikations- und Dialogmaßnahmen ihrer Mitglieder hin und informieren die Öffentlichkeit über Gefahren und Risiken.



Die Demokratie ist bedroht



Die deutschen Kommunikationsverbände stehen für eine lebendige Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland.

Mit Sorge sehen wir, dass ethisch wie rechtlich oftmals höchst fragwürdige Kommunikationspraktiken zunehmend Eingang in öffentliche Debatten und Diskurse finden.

Die Entwicklungen der vergangenen Jahre haben das Potenzial, den demokratischen Diskurs und das Vertrauen der Öffentlichkeit in Institutionen und Prozesse der Demokratie zu schwächen. Im schlimmsten Fall befördert dies die Entstehung und Verfestigung von Vorurteilen, Diskriminierungen und Feindseligkeiten und führt mittelfristig zu einer zunehmenden Polarisierung und Spaltung der Gesellschaft.

Als professionelle Kommunikatorinnen und Kommunikatoren wie auch als Bürgerinnen und Bürger sind wir elementar auf eine pluralistische und demokratische Öffentlichkeit angewiesen. Sie begründet den Raum, in dem Interessen offen kommuniziert, konfrontativ diskutiert und durch eine freie Presse kritisch begleitet werden können. Seit nunmehr 75 Jahren garantiert uns das am 23. Mai 1949 verabschiedete Grundgesetz die Existenz dieses Raumes.

Unsere Initiative: „Kommunikation stärkt Demokratie“

DPRG

Deutsche
Public Relations
Gesellschaft e.V.

Anlässlich dieses Jubiläums im Jahr 2024 und vor dem beschriebenen Hintergrund initiieren die Kommunikationsverbände DPRG, BdKom und GPRA gemeinsam die Initiative „Kommunikation stärkt Demokratie“.

Ziel ist die Meinungsfreiheit im demokratischen Diskursraum mit einer pluralen Öffentlichkeit zu erhalten und zu befördern.

Mit all unseren Akteurinnen und Akteuren, die an der Herstellung von Öffentlichkeit und der Bildung öffentlicher Meinungsprozesse beteiligt sind, helfen wir die freiheitliche Grundordnung zu wahren und die beruflichen Codices einzuhalten.

DPRG, BdKom und GPRA arbeiten in dieser Initiative eng zusammen. Sie vertreten gemeinsam rund zehntausend Mitglieder in ihren Verbänden.



Wofür wir uns zudem als DPRG einsetzen

1. Wir lehnen alle Handlungen und Sichtweisen ab, die antisemitische, rassistische, fremdenfeindliche, extremistische oder sonstige menschenverachtende Ziele verfolgen, oder die mit der vom Grundgesetz garantierten Würde und Gleichheit aller Menschen unvereinbar sind. Solche Handlungen oder Sichtweisen sind mit einer Mitgliedschaft in der DPRG nicht zu vereinbaren.
2. Wir fordern den konstruktiven Diskurs, den respektvollen, ausgewogenen und wertschätzenden Dialog mit allen gesellschaftspolitisch relevanten Gruppen, ohne Diskriminierung oder Verunglimpfung Einzelner. („Ein Gespräch setzt voraus, dass der andere Recht haben könnte“, Hans Georg Gadamer, 2000).
3. Wir fordern technologische Lösungen und gesetzliche Rahmenbedingungen, um demokratiefeindliche Kampagnen besser zu erkennen und zu bekämpfen, z.B. eine verpflichtende Absendertransparenz von KI Inhalten.
4. Wir fordern professionelle Aus- und Fortbildung schon im Kindes- und Jugendalter, um früh Medien- und Kommunikationskompetenz zu erwerben. Journalistinnen und Journalisten, aber auch Kommunikatorinnen und Kommunikatoren in Unternehmen und Agenturen übernehmen gemeinsam Verantwortung für die Sensibilisierung vor allem junger Menschen in Bezug auf das Erkennen wahrhaftiger Informationen – z. B. als gemeinsamer Absender von Tutorials und Webinaren.
5. Wir bauen auf eine unabhängige, starke und vielfältige Medienlandschaft, die ihre Rolle als vierte Gewalt im Rechtsstaat wahrnehmen kann.
6. Wir fordern staatliche Institutionen auf voll umfänglich für den Schutz des GG Art. 5, auch in schwierigen Zeiten, einzutreten. Vor dem Gesetz, so der Anspruch an unseren freiheitlichen Rechtsstaat, sind alle gleich.



Und was wir als DPRG tun



Ergänzend zur Verbandsinitiative wollen wir als DPRG ergänzend dazu

1. Eigene Veranstaltungsreihen mit relevanten Expertinnen und Experten nutzen.
2. Die Politik ansprechen, um Rahmenbedingungen für gesetzliche Maßnahmen zur Bekämpfung von Fake News zu definieren.
3. Bürgerinnen und Bürger, auch in den Unternehmen, dazu aufrufen, ihre demokratischen Möglichkeiten zu nutzen (Wahlrecht, Vereinsrecht, ehrenamtliches Engagement, Demonstrationen), um an der Gestaltung einer starken, wehrhaften und widerstandsfähigen Demokratie mitzuwirken.
4. Maßnahmen ergreifen, um die ethischen und beruflichen Codices für eine transparente und wahrhaftige Kommunikation im Rahmen der grundgesetzlichen Vorgaben einzuhalten und Fehlverhalten zu sanktionieren (insbesondere im Deutschen Rat für Public Relations DRPR).
5. Rechtsberatung ausbauen sowie Beschwerdestellen ausbauen, um Anzeigen entgegenzunehmen.
6. Für eine unabhängige Medienlandschaft eintreten. Wir stehen dabei solidarisch an der Seite unserer Kolleginnen und Kollegen der Medien und verurteilen körperliche und digitale Angriffe gegen sie.
7. Die Öffentlichkeit regelmäßig befragen zu Demokratie und Meinungsfreiheit.



Konkret begegnen uns – sowohl in unserer Berufspraxis als professionelle Kommunikatorinnen und Kommunikatoren wie auch in unserer täglichen Wahrnehmung als Bürgerinnen und Bürger – u.a. folgende Gefahren und Risiken, die wir im Anhang exemplarisch darstellen



Fake News



DPRG

Deutsche
Public Relations
Gesellschaft e.V.

Nicht jede und jeder fühlt sich in einer heterogener werdenden Medienwelt durch das traditionelle Angebot auch meinungsseitig abgeholt. Nicht selten steht der subjektive Vorwurf im Raum, bestimmte politische Meinungen kämen insbesondere in den öffentlich-rechtlichen Medien zu selten, andere dafür zu häufig vor.

Wenn Akteurinnen und Akteure im In- und Ausland gezielt Fake News verbreiten, ist dies nach unserer Auffassung aber eine andere Dimension. Sie tun dies absichtlich, um politische, ideologische oder wirtschaftliche Ziele zu erreichen. Die Verbreitung dieser Informationen erfolgt zumeist über soziale Medien und Online-Plattformen, sodass sie oft viral verbreitet werden, bevor ihre Authentizität überprüft werden kann.

Fake News gefährden die Demokratie durch Desinformation und Manipulation der öffentlichen Meinung. Sie können dazu beitragen, Spaltungen innerhalb der Gesellschaft zu vertiefen und die soziale Verbundenheit zu schwächen. Gleichzeitig wird das Vertrauen der Bürger in Medien, politische Institutionen und demokratische Strukturen untergraben. Fake News können gezielt vor Wahlen eingesetzt werden, um deren Ausgang zu beeinflussen. Dabei kann es sich um Verbreitung falscher Informationen über Kandidatinnen und Kandidaten, Parteien oder politische Themen handeln, mit denen die Wahlentscheidung der Bürgerinnen und Bürger beeinflusst werden kann.

Bots und Trollfabriken



DPRG

Deutsche
Public Relations
Gesellschaft e.V.

Bots sind automatisierte Systeme, mit denen unterschiedliche Aufgaben systematisch abgearbeitet werden können. Sie sind dabei nicht auf Interaktionen mit Menschen angewiesen.

Bots können missbräuchlich eingesetzt werden, um zum Beispiel in großem Umfang falsche Informationen oder Propaganda in sozialen Medien zu verbreiten.

Dies kann die öffentliche Meinung beeinflussen und zu falschen Überzeugungen führen. Bots können so programmiert werden, dass sie automatisch Meinungen in sozialen Medien verbreiten, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. So kann der Eindruck entstehen, dass eine bestimmte Meinung weit verbreitet ist, obwohl sie möglicherweise künstlich verstärkt wird.

Bots können zudem in politischen Diskussionen und Wahlen eingesetzt werden, um die öffentliche Meinung zu manipulieren oder politische Unruhen zu schüren. Dies kann die Integrität von demokratischen Prozessen gefährden.

Trollfabriken sind Organisationen oder Gruppen, die gezielt Desinformationen verbreiten, oft in sozialen Medien, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen und demokratische Gesellschaften gezielt zu durchsetzen. Die Fabriken zielen darauf ab, die öffentliche Meinung zu beeinflussen, indem sie gezielt falsche Informationen streuen. Trollfabriken sind aus Russland, China und anderen Ländern bekannt. Es gibt auch private Akteurinnen und Akteure, politische Gruppen oder Organisationen, die als Trolle agieren und Desinformationen verbreiten können, um ihre eigenen Interessen zu fördern.

Die Identifizierung und Bekämpfung von Trollfabriken und Trollen erfordert eine enge Zusammenarbeit zwischen Regierungen, Technologieunternehmen und der Zivilgesellschaft.

Hate Speech



DPRG

Deutsche
Public Relations
Gesellschaft e.V.

Hate Speech sind Äußerungen, Schreibweisen oder Verhaltensweisen, die aufgrund von Eigenschaften wie Rasse, Ethnizität, Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung, Behinderung oder anderen geschützten Merkmalen Hass, Diskriminierung oder Gewalt fördern.

Die Äußerungen können in verschiedenen Formen auftreten, darunter verbale Äußerungen, schriftliche Texte, Bilder, Videos oder Handlungen. Durch Hate Speech werden Minderheiten gefährdet, indem sie deren Sicherheit und Wohlbefinden massiv einschränken. Dies kann zu sozialer Ausgrenzung, Diskriminierung und in extremen Fällen zu physischer Gewalt führen.

Durch Hate Speech können auch bestimmte Gruppen unterdrückt werden, was die Meinungsfreiheit beeinträchtigen kann. Hate Speech trägt zudem bei, Spaltungen innerhalb der Gesellschaft zu vertiefen, indem sie Feindseligkeiten zwischen verschiedenen Gruppen schürt. Dies kann zu einem Klima der Angst, Misstrauen und Unsicherheit führen.

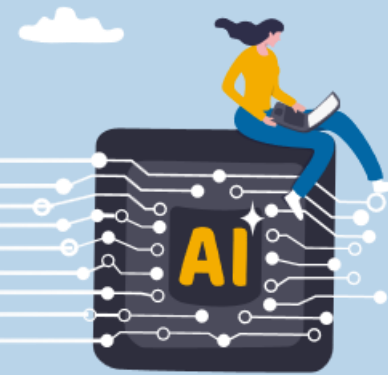
Hate Speech geht zumeist einher mit Desinformation und falschen Informationen. Dies kann einerseits die öffentliche Meinung beeinflussen, andererseits das Vertrauen in demokratische Institutionen untergraben.

Deepfakes

Deepfakes sind gefälschte Medieninhalte, die mithilfe von Künstlicher Intelligenz erstellt wurden, um den Eindruck zu erwecken, dass eine Person Dinge sagt oder tut, die sie in Wirklichkeit gar nicht gesagt oder getan hat.

Diese Technologie kann ernsthafte Bedrohungen für die Demokratie darstellen, indem falsche Informationen verbreitet und Menschen getäuscht werden. Politikerinnen und Politiker könnten falsche Aussagen gemacht haben, die dann in einem Deepfake-Video so manipuliert werden, dass sie etwas völlig anderes zu sagen scheinen. Dies kann zu einer Verbreitung von Desinformation und Manipulation der öffentlichen Meinung führen.

Es ist belegt, dass der Einsatz von Deepfakes zu einem allgemeinen Vertrauensverlust in Medien, Politik und öffentlichen Diskurs führen kann, weil Menschen nicht mehr sicher sind, ob das, was sie sehen oder hören, echt und authentisch ist.



DPRG

Deutsche
Public Relations
Gesellschaft e.V.

Rassismus und Antisemitismus

Rassismus und Antisemitismus führen zur Spaltung der Gesellschaft. Wenn Menschen aufgrund ihrer Herkunft oder Religion stigmatisiert werden, entstehen Gräben, die den sozialen Zusammenhalt gefährden und das Vertrauen zwischen verschiedenen Gruppen untergraben können.

Zudem stehen Rassismus und Antisemitismus im strengen Widerspruch zu den universellen Menschenrechten. Wenn Menschen aufgrund ihrer Rasse oder Religion Opfer von Vorurteilen, Diskriminierung oder Gewalt werden, werden ihre grundlegenden Menschenrechte verletzt.

Rassistische und antisemitische Propaganda kann genutzt werden, um die öffentliche Meinung zu manipulieren und politische Agenden voranzutreiben.

Deutschland hat aufgrund seiner historischen Verantwortung eine besonders ausgeprägte Sensibilität und Verpflichtung im Umgang mit Antisemitismus.



Dialogverweigerung

Demokratie lebt vom Dialog und vom Engagement. Allerdings ist Dialogverweigerung ein gesellschaftlicher Trend, der eine Abneigung oder Unfähigkeit zeigt, in einen offenen und respektvollen Austausch von Meinungen und Ideen einzutreten. Diese Verweigerung tritt auf, wenn der öffentliche Diskurs stark polarisiert und von Konfrontation geprägt ist, sodass Menschen nicht mehr in den Dialog treten, um Auseinandersetzungen zu vermeiden.

Ein Mangel an Konfliktbewältigungsfähigkeiten oder die Furcht vor Konfrontation führen zudem dazu, dass Menschen Diskussionen aus dem Weg gehen, um sich unangenehmen Situationen zu entziehen.

Wenn Menschen sich zudem nahezu ausschließlich in sozialen oder medialen Umgebungen aufhalten, die ihre bestehenden Meinungen und Überzeugungen bestätigen, vermeiden sie u.U. den Austausch mit andersdenkenden Personen, um ihre eigenen Ansichten nicht in Frage stellen zu müssen.



Bedrohung der Pressefreiheit

Die Lage der Pressefreiheit in Deutschland hatte sich 2023 in der Gesamtbewertung von Reporter ohne Grenzen (RSF) verschlechtert. In der Rangliste der Pressefreiheit belegte Deutschland nur noch Rang 21, nach Rang 16 im Vorjahr. 2024 konnte Deutschland allerdings wieder auf Platz 10 vorrücken.

Vor allem das Kriterium „Sicherheit von Medienarbeitenden“ hatte die Position Deutschlands im Jahr 2023 verschlechtert. Insgesamt 103 Angriffe wurden dokumentiert (Vorjahr: 80). Mit 87 von 103 Fällen fand die große Mehrheit in verschwörungsideologischen, antisemitischen und extrem rechten Kontexten statt.

Gefährlichster Ort waren wie in den Vorjahren Demonstrationen, meist gegen Coronamaßnahmen. Eine Befragung der angegriffenen Journalistinnen und Journalisten durch RSF zeigte, dass zwar etwa ein Drittel sich durch die Polizei unterstützt fühlte, knapp ein weiteres Drittel beklagte aber, anwesende Polizistinnen und Polizisten hätten Angriffen tatenlos zugesehen oder den Berichterstattenden die Schuld gegeben.

Die Pressefreiheit ist allerdings auch durch wirtschaftlichen Druck, durch potentiellen Einfluss auf die Berichterstattung und durch eine Konzentration von Medien in den Händen weniger Unternehmen gefährdet. Wenn wenige Unternehmen einen großen Teil der Medienlandschaft kontrollieren, ist die Unabhängigkeit der Berichterstattung gefährdet.

